

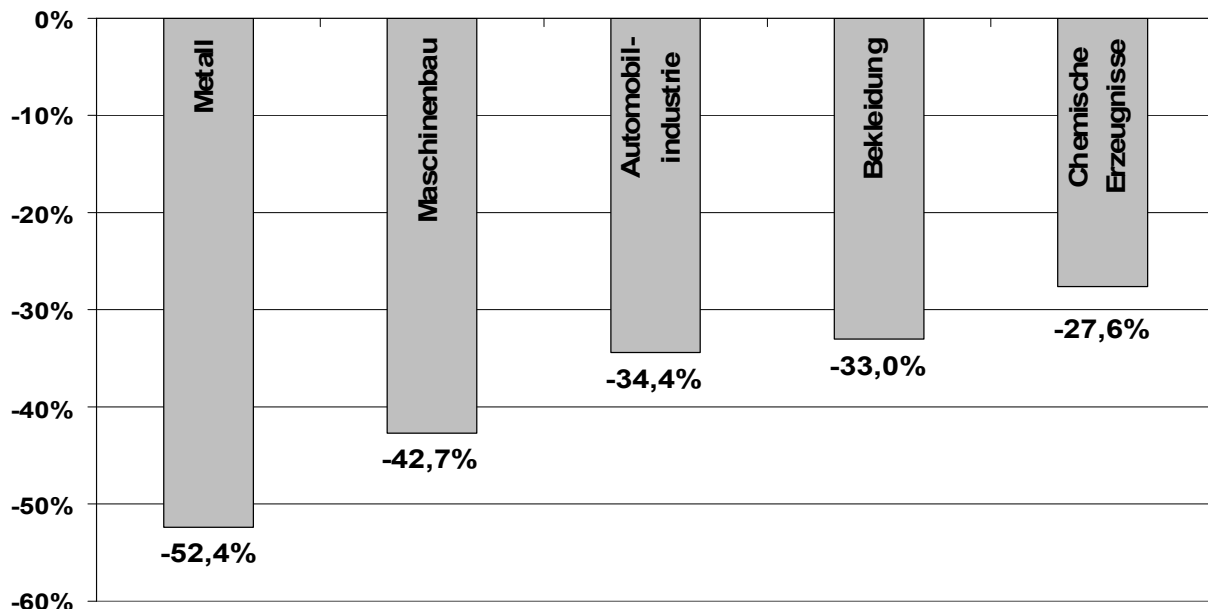
10.06.09

Schutzschirm für Menschen

Wir erleben gegenwärtig die schwerste Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Die herrschende Politik in der Bundesrepublik und den anderen Industriestaaten hat entscheidend zur Krise beigetragen. Die Krise hat längst die Realwirtschaft und insbesondere die Industrie erfasst.

Auftragseingänge ausgewählter Branchen in Deutschland

(I. Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum)



Quelle: DGB Klartext 20/2009

Millionen Menschen sind von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Die deutsche Wirtschaft ist von der weltweiten Krise besonders stark betroffen, denn sie wurde seit Jahrzehnten auf Exportüberschüsse und den Verdrängungswettbewerb auf den Weltmärkten ausgerichtet. Die Zweifel am ‚Geschäftsmodell Exportweltmeister‘ werden mittlerweile nicht mehr nur in globalisierungskritischen Zirkeln geäußert, sondern bis hin zum neoliberalen Prediger Hans-Werner Sinn.

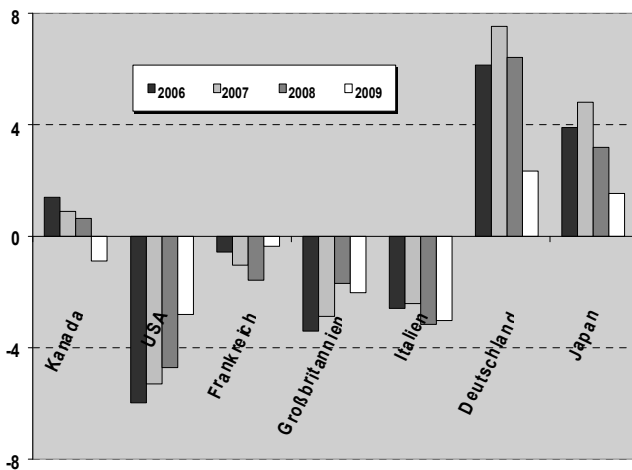
Handelsblatt 22. 05. 2009: „Es ist kein wirtschaftspolitisches Ruhmesblatt, sich durch größere Lohnzurückhaltung im Inland als im Ausland einen internationalen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen“, bringt Holtfrerich einen zentralen Aspekt der deutschen Malaise auf den Punkt. Inzwischen üben selbst konservative Ökonomen wie Ifo-Chef Hans-Werner Sinn deutlichere Kritik am deutschen „Geschäftsmodell“.

Früher war diese Kritik eine Domäne „linker“ Ökonomen wie etwa des Bremer Wissenschaftlers Rudolf Hickel. Heute gilt in Fachkreisen der Hinweis nicht mehr als ketzerisch: Die deutschen Handelsüberschüsse seit der Jahrtausendwende waren ein Transfer von volkswirtschaftlichen Ressourcen an das Ausland, die im Inland gefehlt haben - für Investitionen, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, höhere Reallöhne und besseren Lebensstandard....Der erste Therapieversuch wäre also, die Kaufkraft zu stärken....Der zweite Therapieversuch lautet, die heimischen Investitionen zu stärken. Der Wirtschaftshistoriker Carl-Ludwig Holtfrerich weist darauf hin, dass sie in den letzten Jahren so niedrig lagen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Er schlägt daher vor, „die Abschreibungsbedingungen für Investitionen zu verbessern“ und dafür notfalls auch einen höheren Spitzensteuersatz in Kauf zu nehmen - auch das wäre eine Umkehrung der Politik, die wir in den letzten Jahren hatten.“

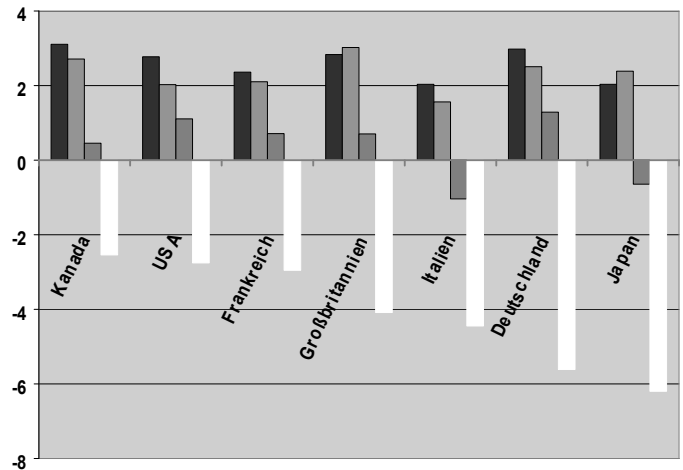
Exportweltmeister am stärksten von der Krise betroffen

Im Vergleich der 7 führenden Industrienationen zeigt sich nämlich deutlich, dass die Exportweltmeister Japan und Deutschland am stärksten vom Einbruch des Welthandels betroffen sind. Für April 2009 vermeldete das Statistische Bundesamt den stärksten Exporteinbruch seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Unternehmen verkauften nur noch Waren im Wert von 63,8 Milliarden Euro ins Ausland und damit annähernd 29 Prozent weniger als vor einem Jahr.

Leistungsbilanzsaldo in % des BIP

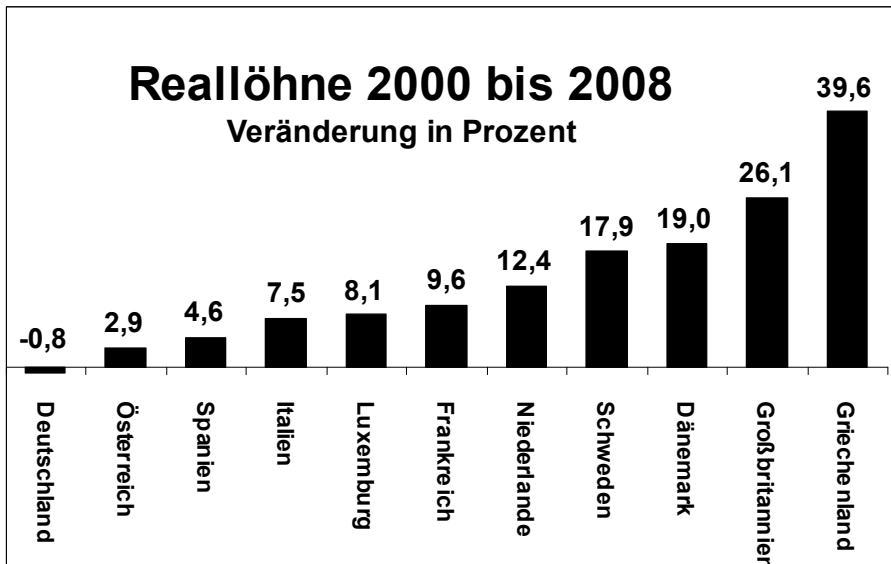


BIP 2006-2009 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: IWF

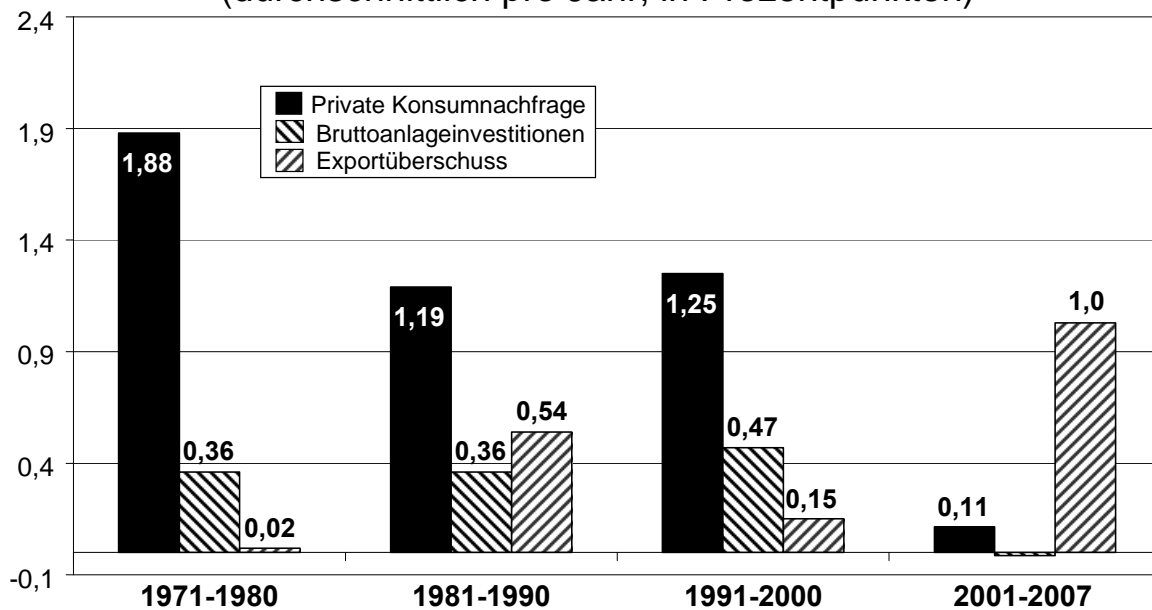
Geht die Nachfrage aus dem Ausland zurück, wie seit Oktober 2008 der Fall, bricht auch die Produktion im Inland drastisch ein. Die fehlende Nachfrage aus dem Ausland kann im Inland nicht aufgefangen werden. Denn politisch wurde die Steigerung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutsche Industrie“ durch Reallohnsenkungen, die Förderung des Niedriglohnssektors und eine Schwächung der staatlichen Nachfrage mittels Steuersenkungen vorangetrieben.



Quelle: Böcker Impuls 4/2008

Wurde das Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt noch wesentlich vom privaten Konsum und der Bruttoanlageinvestition gestützt, hat sich das Verhältnis inzwischen völlig umgekehrt:

Beiträge zum realen Wirtschaftswachstum (durchschnittlich pro Jahr, in Prozentpunkten)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008

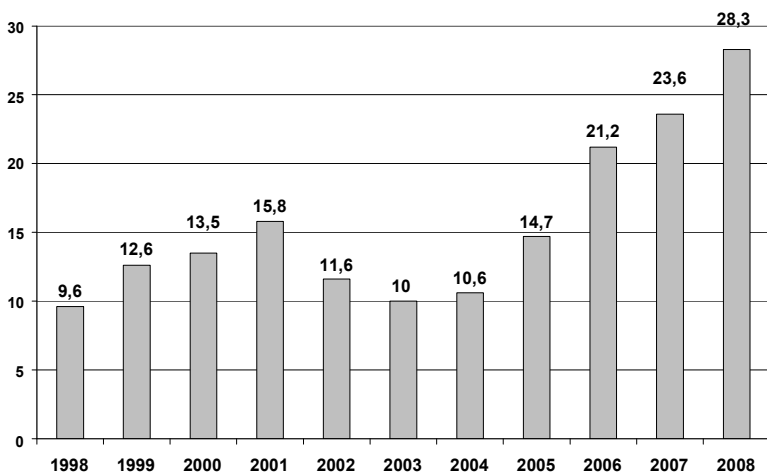
Die aktuelle Krise ist auch die Krise einer Wirtschaftsordnung, die allein für den kurzfristigen Profit und nicht für den Bedarf produziert. Die Bundesregierung hat die shareholder-value-Orientierung in den Unternehmen gefördert.

Beispiel: Im Jahr 2000 hat die rot-grüne Bundesregierung den Verkauf von Unternehmensanteilen steuerfrei gestellt. Mit der Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen wurde der Kauf und Verkauf von Unternehmensanteilen zum Spekulationsobjekt. Die strategische Ausrichtung eines Unternehmens trat in

den Hintergrund. Die Strategie von Hedge Fonds und Private Equity Fonds, Firmen billig aufzukaufen, Arbeitsplätze zu vernichten und dann wieder teuer zu verkaufen wird seitdem durch den Steuerzahler bezuschusst.

Ergebnis des shareholder values sind Wirtschaftskonzerne, deren Manager selbst im Aufschwung Investitionen und Forschungsausgaben reduzieren, die Eigenkapitalbasis angreifen um den Anteilseignern möglichst hohe Summen auszuschütten.

Dividendenausschüttung der DAX-Unternehmen in Mrd.



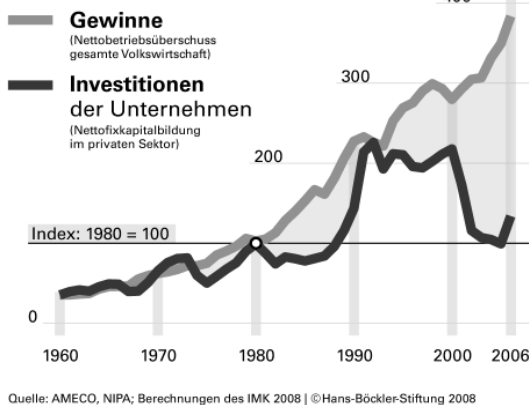
So haben die Unternehmen sich selbst der ökonomischen Substanz beraubt, die sie in der Krise brauchen würden. Obwohl viele Unternehmen bereits die Folgen der Krise zu spüren bekamen, ihre Beschäftigten in Kurzarbeit schickten und LeiharbeiterInnen entlassen haben, haben die DAX-Unternehmen im ersten Quartal 2009 für das abgelaufene Geschäftsjahr 2008 noch die Rekordsumme von 28,3 Mrd. Euro an die Aktionäre ausgeschüttet.

Quelle: DGB Klartext 9

Produkte und Dienstleistungen, die dringend benötigt werden, aber nicht kurzfristig profitabel sind, werden nicht entwickelt. Ein Strukturwandel wurde verschlafen – von Managern und von Bundesregierungen, die auf Industriepolitik verzichteten und alles den Marktkräften überlassen wollten

Die Bundesregierung setzt in der Krise weiter auf Aussetzen und hofft, dass ihre Programme die schlimmsten Auswüchse einer Depression zumindest bis nach der Bundestagswahl verzögern. Wenn dann eines Tages das tiefe Tal der Krise durchschritten sein wird, soll so weiter gemacht werden wie bisher, mit weniger Betrieben und weniger Arbeitsplätzen aber ganz sicher mit weiteren Sparprogrammen und Sozialabbau. Die Schuldenbremse weist den Weg.

In Deutschland entwickelten sich die



Der Krise kann aber nur entgegengetreten werden, Arbeitsplatzverluste können nur verhindert oder abgemildert werden, wenn diese verheerenden Fehlentwicklungen gestoppt werden. Arbeitplatzerhalt setzt einen sozial-ökologischen Strukturwandel und umfassende Maßnahmen zur Wirtschaftsdemokratisierung voraus.

Statt überholte Wirtschaftsstrukturen durch ständige Kostensenkung zu Lasten von Belegschaften und

Umwelt profitabel zu halten, müssen neue Bereiche erschlossen werden, die sich am Bedarf der Menschen orientieren. Der Strukturwandel muss über staatliche Beteiligungen und demokratische Entscheidungsstrukturen begleitet werden.

Statt eines Finanzmarktkapitalismus, in dem Manager im Dienste des kurzfristigen Shareholder Value die Unternehmenspolitik bestimmen, müssen die Belegschaften ihre Interessen durch paritätische Mitbestimmung und Beteiligungen durchsetzen können.

Statt einseitiger Exportorientierung, Lohndumping und Kürzung öffentlicher Investitionen brauchen wir eine ausgeglichene Außenwirtschaft und eine Stärkung der Binnennachfrage.

Die LINKE fordert konkrete Schritte gegen die Krise, die zugleich den Weg in eine neue wirtschaftliche Ordnung, in der alle an Wachstum und Wohlstand teilhaben, eröffnen können:

Arbeitsplätze sichern und zukunftsfähig machen

Wir stehen vor der Herausforderung, in bestimmten Industriebranchen immense Überkapazitäten abzubauen zu müssen. Um Arbeitsplätze besonders in der verarbeitenden Industrie zu erhalten und auch für die Zukunft zu sichern, müssen Produktion und Produkte auf moderne, sozial-ökologische Bedürfnisse ausgerichtet werden. Der 100 Mrd. Kredit- und Bürgschaftsfonds der Bundesregierung hat jedoch weder eine sozial-ökologische Entwicklung noch die Sicherung der Arbeitsplätze im Blick. Er soll nur die Liquidität von „Unternehmen mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit und gesunden Geschäftsmodellen“ sichern und die vor dem Ausbruch der Finanzkrise gesund waren. Der Fall Arcandor zeigt, dass die Bundesregierung diese Hilfen nach Gutsherrenart verweigert oder genehmigt. Eine demokratische Kontrolle durch das Parlament ist nicht vorgesehen.

Dem Fonds der Bundesregierung setzen wir ein Konzept entgegen, mit dem direkt Einfluss auf die Geschäftspolitik und den für die Zukunftsfähigkeit notwendigen sozialökologischen Strukturwandel der Industrie genommen wird. Der Zukunftsfonds soll über eine Anleihe finanziert werden. In diesen Fonds sollen die Unternehmen geplante Dividenden und Boni in Form einer Sonderabgabe einzahlen. Bund und Länder beteiligen sich an der Finanzierung. Erträge aus den Projekten fließen in den Fonds zurück.

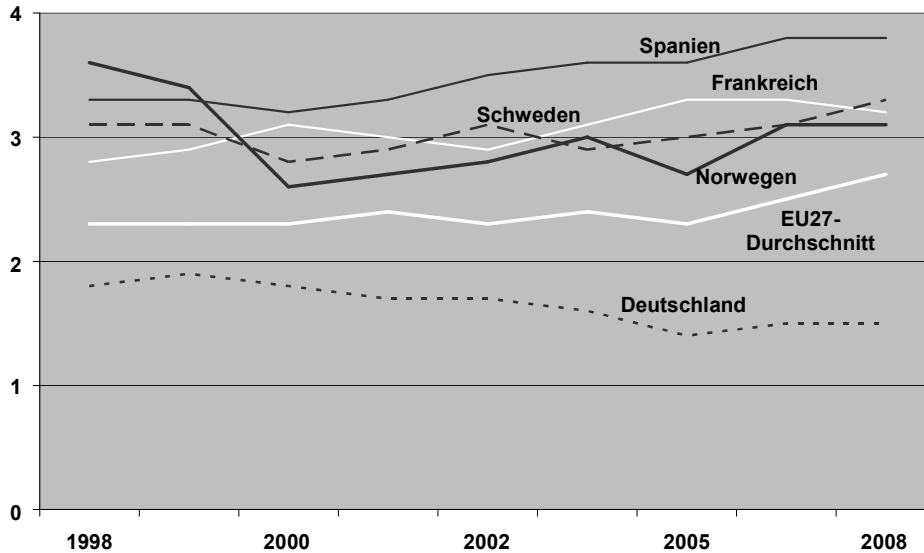
Der Fonds unterstützt Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte. Die Gelder werden über die Kommunen auch an Klein- und Mittelständische Betriebe vergeben. Sie werden nur als Beteiligungen vergeben, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und Gewerkschaften auf die Geschäftspolitik. Die demokratische Kontrolle geht über die Betriebsebene hinaus. Sie erfolgt in Gremien aus Vertretern der öffentlichen Hand unter Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden, Handels- und Handwerkskammern, Arbeitgebervertretern und der Sparkassen.

Mit dieser Forderung stehen wir nicht alleine. Auch die IG Metall fordert einen Zukunftsfonds Arbeit-Bildung-Umwelt über 100 Mrd. Euro für drei bis vier Jahre. Dieser Fonds wird über eine jährliche Zukunftsanleihe in Höhe von zwei Prozent auf alle Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte über die Laufzeit finanziert. Bei einer Freigrenze von 750.000 Euro geht die IG Metall von einem Nettovermögen von mindestens 2,5 Billionen Euro aus. Die Zukunftsanleihe läuft 15 Jahre und wird mit dem EZB-Zins verzinst. Aus diesem Fonds werden zinslose Kredite an Kommunen und Länder gewährt, wenn sie in Bildung, Umwelt und Infrastruktur investieren. Darüber hinaus gewährt der Fonds Kredite zum EZB-Zins an Unternehmen, wenn sie Energie und Ressourceneffizienz nachhaltig steigern oder in langfristige und unter Umweltgesichtspunkten nachhaltige Vorhaben investieren. Die IG Metall Esslingen schlägt eine Regionalisierung des Fonds vor. Ein solcher regionalisierter Fonds sollte von einem Gremium verwaltet werden, das analog zur Selbstverwaltung von Arbeitsagenturen besetzt ist.

2 Mio. Arbeitsplätze durch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den Ausbau sozialer Dienstleistungen

In den letzten zehn Jahren waren die öffentlichen Investitionen kontinuierlich unter dem europäischen Durchschnitt.

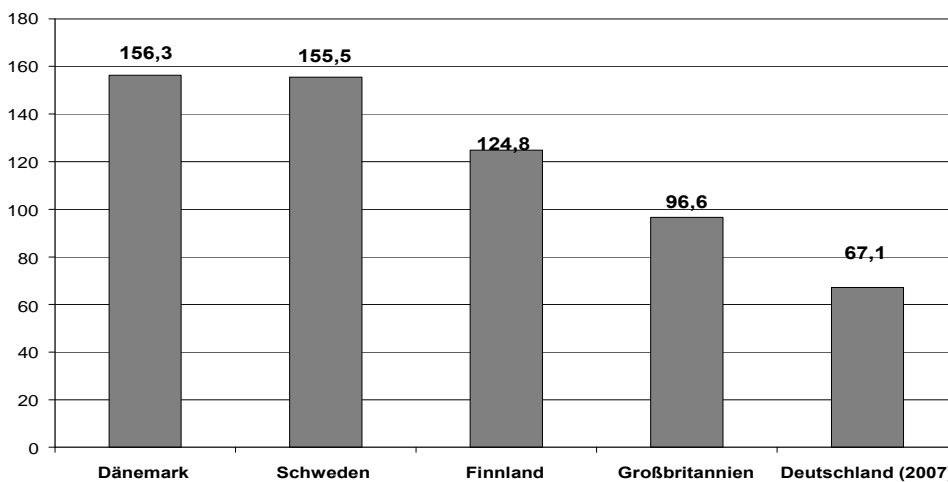
Öffentliche Investitionen in % BIP



Quelle: Eurostat

Auch bei den Beschäftigtenzahlen im Öffentlichen Dienst bleibt Deutschland deutlich vor allem hinter den skandinavischen Ländern zurück:

Beschäftigtenzahlen im Öffentlichen Sektor auf 1000 Einwohner



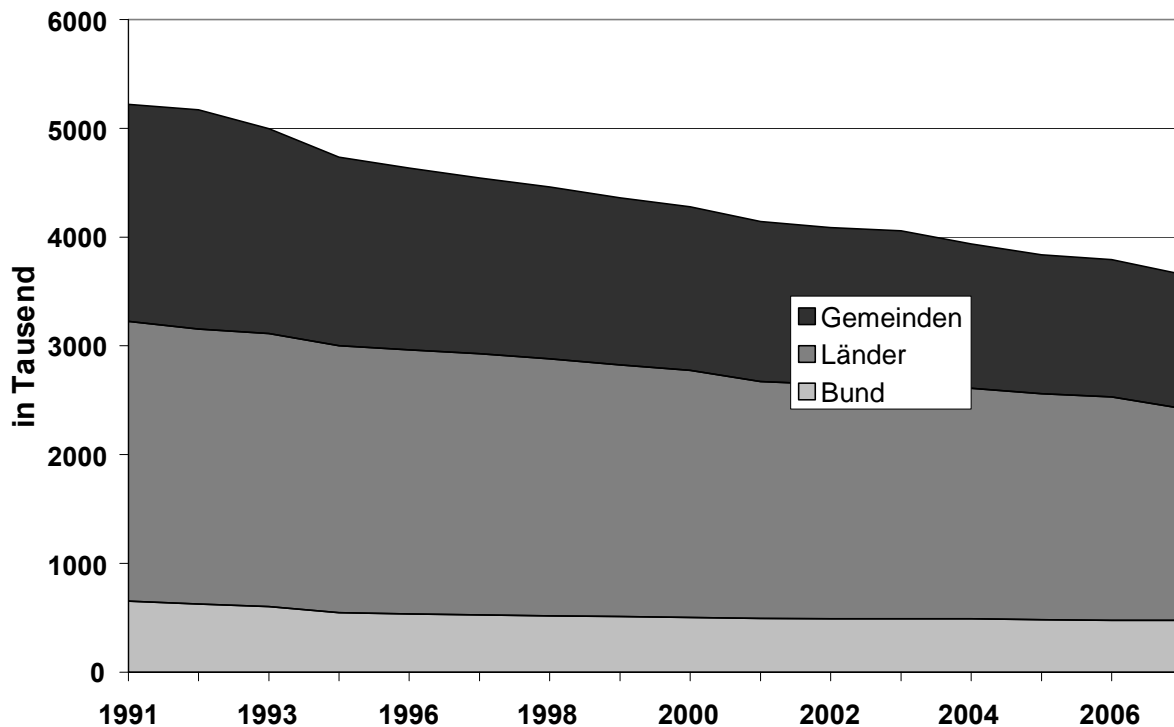
Quelle: Memorandum 2009

Jetzt in der Krise wird nicht nur zugegeben, dass die öffentliche Infrastruktur marode und sanierungsbedürftig ist, sondern auch die positive Wirkung von öffentlichen Investitionen breit akzeptiert. Das Konjunkturpaket der Regierung wird wenig Wirkung zeigen, da es zu klein ist und weniger auf öffentliche Investitionen als auf Steuersenkungen für Großverdiener und Unternehmen setzt. Nur 14 Mrd. der vorgesehenen 50 Mrd. Bundesmittel sind für Investitionen in den nächsten 2 Jahren vorgesehen. 3 Mrd. kommen zusätzlich von den Ländern.

Wir fordern ein Konjunkturprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich.

Es umfasst zielgerichtete öffentliche Investitionen in die Sanierung von Schulen und Krankenhäusern, ökologische Verkehrssysteme und die Energiewende – dort herrscht enormer Bedarf, der von Markt und Regierung ignoriert wurde. Dadurch werden 1 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze im Handwerk und anderen Bereichen geschaffen. Auch Industriearbeitsplätze, z.B. im Stahlbereich hängen an diesen Investitionen.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst



Quelle: Statistisches Bundesamt

Nicht nur die öffentliche Infrastruktur, auch der öffentliche Dienst ist in den letzten Jahren drastisch zurückgefahren worden:

Es reicht nicht aus, Schulgebäude zu sanieren, wir brauchen auch mehr und gut ausgebildete Lehrkräfte. Es reicht nicht aus, Krankenhäuser zu modernisieren, wir brauchen auch mehr Schwestern und Pfleger, die Zeit haben, sich um die Kranken zu kümmern. Ob Altenpflege oder Kindererziehung - gut ausgebildete Arbeitskräfte, die tariflich bezahlt werden und Dienstleistungen in hoher Qualität sicherstellen sind eine „soziale Investition“, die nicht nur Arbeitsplätze schafft, sondern auch den gesellschaftlichen Wohlstand sichern und 1 Mio. zusätzliche unbefristete und tariflich entlohnter Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst schafft.

Demokratische Gestaltung der Wirtschaft

Wir fordern einen Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Nur mit einer echten paritätischen Mitbestimmung in allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Belangen der Unternehmensführung wären die Beschäftigten in der Lage, Unternehmensentscheidungen zu verhindern, die allein den kurzfristigen Interessen der Anteilseigner dienen und damit die Interessen der Beschäftigten und des Unternehmens an nachhaltiger Entwicklung ignorieren. Wir fordern paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben ab 100 Beschäftigten. Staatliche Hilfen darf es nur im Tausch gegen Anteile der öffentlichen Hand und Belegschaftsbeteiligung geben.

Die Krise ist auch eine strukturelle Krise in einzelnen Branchen. Ein sozial-ökologischer Strukturwandel braucht eine gesellschaftliche Mitbestimmung. Die Beiräte für den Zukunftsfonds sind dafür ein Ansatz. Darüber hinaus fordern wir wie die IG Metall die Einrichtung von Branchenräten, allerdings mit Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen wie Umwelt- und Verkehrsverbänden.

Die IG Metall hat einen „Branchenrat automobile Zukunft“ bei der Bundesregierung eingefordert, in dem Gewerkschaften, Industrieverbände und Unternehmen zusammenarbeiten. Der Branchenrat sollte Vorschläge erarbeiten, wie der Strukturwandel gestaltet werden kann, damit die Automobilindustrie auch im Jahr 2020 noch eine zentrale Bedeutung für die industrielle Produktion am Standort Deutschland hat. Er sollte sich aber auch damit auseinandersetzen, was zu tun ist, um die aktuelle Krise zu überstehen. Die Einrichtung von Branchenräten auch über die Automobilindustrie hinaus ist eine sinnvolle Sache. Allerdings kann dies unserer Ansicht nach sinnvoller Weise nicht ohne Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen wie Umwelt- und Verkehrsverbänden geschehen.

Enteignung der Menschen stoppen

Lohndruck, Senkung von Sozial- und Rentenleistungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen auf der anderen Seite haben im letzten Jahrzehnt zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben geführt. Der Hungerlohn- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Entscheidend hierfür ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes von 10,- €. Weiterhin fordern wir die Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 € und eine Anhebung der Rente. Allein diese drei Maßnahmen würden die Nachfrage auf dem deutschen Binnenmarkt um ca. 30 Mrd. € erhöhen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung

Die Gesellschaft ist verpflichtet, gerade den am härtesten von der Krise Betroffenen in dieser Situation menschenwürdige Perspektiven zu eröffnen. Mit den Programmen „Kommunal-Kombi“ und „JobPerspektive“ hat die Bundesregierung anerkannt, dass in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Arbeitslosigkeit öffentlich geförderte Beschäftigung dringend notwendig und praktisch ohne Alternative ist. Die von ihr 2007 beschlossenen Programme gegen Langzeitarbeitslosigkeit brachten jedoch infolge ihrer Konstruktionsmängel und zu geringer Finanzausstattung bis Ende 2008 nur mäßige Resultate. Aktuelle Voraussagen lassen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bis 2010 trotz Verlängerung der Kurzarbeit und weiterer Maßnahmen auf 4,5 Mio. befürchten.

Wir fordern den Auf- bzw. Ausbau eines öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors. Bis Ende 2010 sollen mindestens 500.000 Arbeitsplätze mit branchen- bzw. ortsüblicher Entlohnung, in jedem Falle außerhalb des Niedriglohnbereichs, entstehen.

Wer soll das bezahlen?

Für die Linke ist klar: Wir zahlen nicht für Eure Krise! Bezahlen sollen dafür jene, die die vorangegangene Spekulationsparty verantwortet und von ihr profitiert haben. Die LINKE fordert daher die Einführung einer Millionärsteuer, die Privatvermögen oberhalb einer Million Euro in Höhe von mindestens fünf Prozent zur Kasse bittet. Selbst bei diesem niedrigen Prozentsatz würde eine solche Millionärsteuer 80 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bringen.

Außerdem fordert die LINKE eine Börsenumsatzsteuer und eine Erhöhung der Besteuerung der Konzerngewinne, hoher Erbschaften und hoher Einkommen. Kapitaleinkommen sollen künftig wieder zum persönlichen Steuersatz versteuert werden statt mit einer pauschalen Abgeltungssteuer von nur 25 Prozent.